

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 2

Artikel: Anerkennung für die Arbeiter : darf ein SP-Bundesrat nicht mehr sagen, wo er steht?
Autor: Aubert, Pierre
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340106>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

quenzen ziehen und aus dem Bundesrat ausziehen müssen. Die Wahl von Stich ändert an der derzeitigen Situation überhaupt nichts. Die Illusion, dass Lilian Uchtenhagen mehr erreicht hätte, ist eine farbenprächtige Seifenblase. Leider müssen aber solche Blasen platzen, damit gewisse Genossen die Realitäten wieder erkennen. Jetzt aber in die Opposition gehen aus einer Trotzreaktion heraus ist falsch. Otto Stich als Anlass dafür zu nehmen, ist so, wie wenn man mit Raketen auf Spatzen schießen würde.

Es gibt achtbare Gründe für einen Regierungsaustritt. Dieser müsste auf das Ende einer Legislaturperiode beschlossen werden. Meines Erachtens überwiegen jedoch die Nachteile in unserer halbdirekten Demokratie. Wir wären weg vom Fenster, ohne Macht, ohne Einfluss, ohne Presse. Der Bundes-

rat ist innerhalb der Schweizerischen Eidgenossenschaft nach wie vor die fortschrittlichste Bundesbehörde. Ich begreife, dass sehr junge Genossen dies bezweifeln. Wer jedoch die vergangenen 15 Jahre Bundespolitik verfolgt, kommt zu keinem anderen Schluss. Es ist das vom Volk gewählte bürgerliche Parlament, das die Vorlagen zerzaust, verwässert, und das Volk, welches sie in den Referendumsabstimmungen zerfetzt. Idealistische Vorstellungen über die Volksrechte erhehlen dieses Bild nicht. Weshalb es Genossen gibt, die trotz all dieser Fakten noch eine Bundesratsvolkswahl wollen, ist mir unerklärlich. Offenbar ist diesen Genossen nicht klar, wer bei uns die Medien in den Händen hat. Die Arbeiterpresse jedenfalls nicht, oder könnten wir mit 7000 Abonnenten (Noch existieren 11 Arbeiterzei-

tungen mit etwa 50 000–60 000 Lesern. Die Red.) auf eine halbe Million Einwohner die Volkswahlen beeinflussen? Wollen wir wirklich amerikanische Verhältnisse, wo mangels Parteiprogrammen eine «Erdnuss», ein «Elefant» oder ein «Cowboy» gewählt wird. Die Volkswahl des Bundesrates ist in unserem föderalistischen Staatswesen mit seinen politischen, konfessionellen und sprachlichen Minderheiten nicht einmal eine Diskussion wert. In den Bezirken Dorneck-Thierstein des Kantons Solothurn ist noch nie ein Sozialdemokrat vom Volk in ein volamtliches öffentliches kantonales Amt gewählt worden. Zum Glück gibt es noch einen bürgerlich beherrschten Regierungsrat, der auch Sozialdemokraten wählt.

*Peter Linz, Notar, Büsserach
Amtschreiber-StV. v. Dorneck*

Pierre Aubert vor dem Kongress der Gewerkschaft Bau und Holz

Anerkennung für die Arbeiter

Darf ein SP-Bundesrat nicht mehr sagen, wo er steht?

Wie man einen sozialdemokratischen Bundesrat verleumdet und seine persönlichen Mitarbeiter disqualifiziert, zeigt die Reaktion der Presse auf die Rede, welche Bundesrat Pierre Aubert am 14. Oktober vor dem Kongress der Bau- und Holzarbeiter gehalten hatte. Zunächst übte man harsche Kritik am Inhalt dieser Rede, danach unterstellte man ihm, dass er die eigene Rede nicht nur nicht selber geschrieben, sondern nicht einmal gelesen hätte, bevor er sie gehalten hatte, und schliesslich diffamierte man noch seinen persönlichen Berater Lucien Erard, der ihm die unangenehmen Äusserungen «untergejubelt» habe. Um die Sache ganz perfekt zu machen, soll der dauernd falsch zitierte Helmut Hubacher seinerseits über Lucien Erard von «Monsieur Erreur» gesprochen haben. Die Schreiber all dieser Behauptungen — es sind immer dieselben Schmierfinken — brauchen natürlich für keine ihrer Behauptungen irgendwelche Beweise anzutreten. Semper aliquid haeret, sagten die Lateiner: etwas bleibt immer hängen. Was aber hat Bundesrat Aubert so Schreckliches vor dem Kongress der Gewerkschaft Bau und Holz nur wirklich gesagt? Wir publizieren die Rede im Wortlaut.

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

Ich freue mich sehr, heute unter euch zu sein. Ihr alle von der Gewerkschaft Bau und Holz habt bei der Verwirklichung von oft riesigen Projekten, die unsere Städte und unsere Landschaft in den letzten 30 Jahren so tiefgreifend verändert haben, eine entscheidende Rolle gespielt. Die Strassen und Brücken, die Tunnels, die unsere Landesregionen einander nähergebracht haben, die Türme und Häuser, die in unseren Städten und Dörfern wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, dies alles ist euer Werk. In

dieser grossen Entwicklung, die nur dank unerhörtem Fleiss und Einsatz möglich war, habt ihr jedoch nicht die Leitung innegehabt! Denn nicht ihr habt entschieden, dass nicht genügend Mittel in den öffentlichen Verkehr investiert wurden, nicht ihr habt Zweitwohnungen bauen lassen, statt geeignete Wohnungen für unsere Familien, nicht ihr habt anstelle von gut isolierten Bauten energiefressenden Stahl- und Glaskonstruktionen gewollt. Ihr aber könnt auf eure Arbeit stolz sein, auch wenn die, die sie beansprucht haben, sie nicht immer gut zu nutzen wussten. Einmal mehr müssen wir feststellen, dass die Freiheit, die für viele Politiker einer heilige Kuh ist, nicht immer die besten Resultate bringt. Deshalb ist unser Kampf für mehr Demokratie in unserer Wirtschaft, für eine breitere Mitbestimmung der Arbeitnehmer und des Volkes bei den Entscheiden, die unsere Zukunft prägen, berechtigt. Die Beispiele, die ich erwähnt habe, zeigen dies ganz deutlich. Diese Mitbestimmung ist um so notwendiger in der Zeit der Unsicherheit, in der wir heute leben.

Die Bauwirtschaft hängt, wie jedermann weiss, ganz besonders von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Ich werde euch also keine gelehrte Analyse vorsetzen, denn ihr wisst besser als irgendwer, was es bedeutet, ein Bauwerk fertigzustellen, um am Schluss zu erfahren, dass es keinen weiteren Vertrag mehr gibt. Ihr alle wisst, wie bitter es ist, am Morgen die Arbeit im Bewusstsein beginnen zu müssen, dass der Betrieb mit Verlust arbeitet, dass dies nicht lange andauern kann und somit ein Teil der Arbeitskollegen zwangsläufig entlassen werden muss. In solchen Fällen ist es verlockend und menschlich, gewisse Opfer in Kauf zu nehmen, um nicht alles zu verlieren. Al-

lerdings muss hier die Gewerkschaft daran erinnern, dass es Leute gibt, die versucht sind, diese Umstände auszunutzen, um mit der einen Hand zu nehmen, was sie in Zeiten der Hochkonjunktur so ausgesprochen widerwillig mit der anderen gegeben hatten.

Wie ihr alle bin auch ich heute der Meinung, dass wir uns nicht erpressen lassen dürfen, sondern erhalten müssen, was ihr im Bereich der Löhne, der sozialen Sicherheit und der Arbeitsbedingungen vertraglich erreicht habt. Ich bin dieser Meinung, weil die Wirtschaftstheorie uns gelehrt hat — man hat die Lehre aus der Krise der dreissiger Jahre gezogen —, dass es im Interesse des Landes, der Arbeitnehmer, aber auch der Unternehmer ist, die Löhne so hoch wie möglich zu halten. So logisch es auf der Ebene des einzelnen Betriebes scheint, mehr zu arbeiten und erst noch zu einem schlechteren Lohn, nur um dem Betrieb über eine schwierige Phase hinwegzuhelfen ist falsch, ja gefährlich ist es, diese Idee auf das ganze Land übertragen zu wollen.

Die gegenwärtige Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, die Arbeitslosigkeit, die bereits einige Regionen und Wirtschaftszweige schwer trifft, verlangen konkrete Massnahmen von seiten der Unternehmen, aber auch von seiten des Staates — ich werde darauf zurückkommen. Sie verlangen aber auch einen verstärkten Einsatz der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer. Die Arbeitszeitverkürzung ist gerade in eurem Bereich nicht nur durch die Produktivitätssteigerung und die damit verbundene Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gerechtfertigt, sondern auch durch die Notwendigkeit, die Arbeit besser auf alle zu verteilen.

Eine breitere Mitbestimmung, eine bessere Information der

Arbeitnehmer ist in Zeiten der Unsicherheit um so notwendiger, weil ja die Arbeitnehmer die ersten sind, welche die Folgen schlechter Unternehmensführung auszubaden haben. Diese Forderung rechtfertigt sich um so mehr, als man ja von den Arbeitnehmern sofortige Opfer und zusätzliche Anstrengungen zur Rettung des Unternehmens verlangt.

Die wichtigste Forderung ist heute aber vielleicht ein besserer Kündigungsschutz, denn heute kann der Verlust des Arbeitsplatzes zu einer eigentlichen Tragödie werden. Ich denke hier nicht nur an all jene, die dann während langen Monaten erst Arbeitslosenentschädigung und nachher von der Krisenentschädigung leben müssen, die Tag um Tag nach einer nicht vorhandenen Arbeit suchen und vielleicht den Beruf oder den Wohnsitz wechseln müssen, sondern ich denke auch an die ausländischen Arbeitnehmer, für die der Verlust des Arbeitsplatzes häufig das Ende hoffnungsvoller Jahre und die Rückkehr in ihr Land in einer besonders schwierigen Zeit und unter aussergewöhnlich harten Bedingungen bedeutet.

Wie lange wollen wir es in unserem Land, das die Freiheit so gross schreibt, noch dulden, dass ein Arbeitnehmer ohne Begründung und ohne Rekursmöglichkeiten entlassen werden kann? Können wir es zulassen, dass unsere aktiven Gewerkschafter nicht vor Kündigung geschützt sind oder dass ein Arbeitnehmer schon nach einigen Wochen Ausfall wegen Krankheit oder Unfall entlassen wird? Diese Freiheit der Unternehmen, sich ohne Einschränkung ihre Arbeitnehmer entledigen zu können, ist ungerecht. In Zeiten der Arbeitslosigkeit, wenn es schwierig wird, eine neue Arbeit zu finden, wirkt sie geradezu brüskierend. Anstoss erregt diese Freiheit besonders

dann, wenn das Interesse des Arbeitgebers, einen Arbeitnehmer zu entlassen — manchmal nur um ihn durch einen andern zu ersetzen —, in keinem Verhältnis steht zu den Folgen dieser Entlassung. Ich habe es bereits gesagt: Die Verschlechterung der Wirtschaftslage und die dadurch verursachten Unsicherheiten für die Beschäftigung der Arbeitnehmer verlangen nicht nur spezifische Gegenmassnahmen, sondern auch eine Überprüfung der Wirtschafts- und der Finanzpolitik des Staates. Ich sage ganz bewusst «des Staates», denn ich glaube, wir müssen das, was die Verteidiger der Freiheit um jeden Preis sagen und tun, einmal genauer ansehen.

Sie rufen immer dann nach Freiheit, wenn mehr Gerechtigkeit bei der Einkommensverteilung gefordert, und jedesmal, wenn eine zusätzliche Anstrengung gewünscht wird zugunsten der am meisten Benachteiligten — der Kranken, der Invaliden, der Betagten und der Jugend. Sie verlangen die Freiheit immer dann, wenn mehr Demokratie in den Unternehmen oder ein besserer Schutz der Arbeitnehmer, der Mieter oder Konsumenten gefordert wird. Wenn wir vom Staat verlangen, dass er einschreitet, kontrolliert und überwacht, dann deshalb, weil unser Staat ein demokratischer Staat ist, weil sein Eingreifen das Eingreifen aller ist. Diesen Staat wollen die Unternehmen nicht, oder sie wollen ihn einschränken, was aufs selbe herauskommt. Wenn es jedoch darum geht, Schulden zu tilgen oder Unternehmen in Schwierigkeiten Aufträge zu vermitteln, dann natürlich, dann ruft man nach dem Staat. Wenn die Exportrisikogarantie — das ist die Versicherung der Exportwirtschaft gegen das Risiko, dass ein ausländischer Staat nicht bezahlt —, wenn also die Exportrisikogarantie de-

fizitär ist und Hunderte von Millionen Franken braucht, dann sind jene, die dauernd «weniger Staat» verkünden, die ersten, die vom Staat verlangen, er solle diese Defizite decken.

Wenn die Wirtschaft heute feststellt, dass sie Ländern in finanziellen Schwierigkeiten zu viel geliehen hat, dann verlangt sie vom Staat, er solle einschreiten und mit öffentlichen Geldern oder mit Mitteln der Nationalbank verhindern, dass diese Länder in Konkurs geraten. Der Staat soll also verhindern, dass diese Länder darauf verzichten, ihre Rechnungen zu bezahlen.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Ich bin auch der Meinung, dass der Staat in solchen Situationen helfend eingreifen muss. Ich will nur sagen, dass der Staat in einer vollentwickelten Wirtschaft wie der unserigen noch eine andere Rolle zu spielen hat: Wenn er die Spielregeln der Wirtschaft bestimmt, so dürfen diese Regeln nicht einfach das Gesetz des Stärkeren festschreiben. Gegenüber Unternehmen, die auf sofortigen Gewinn aus sind, muss der Staat die langfristigen Interessen des Landes verteidigen; er muss auch die Schwächsten schützen und jedem eine Chance geben. Diejenigen, die Staat und Freiheit als Gegensätze verstehen, haben nicht begriffen, dass es gerade die Aufgabe des Staates ist, nicht nur ihre, sondern die Freiheit aller zu garantieren. Diejenigen, die dauernd «weniger Staat» verkünden, sind die ersten, die den Staat zu Hilfe rufen, sobald sie Hilfe brauchen.

In der zurzeit herrschenden Wirtschaftslage kommt der Finanz- und der Geldpolitik des Staates und der Nationalbank immer mehr Bedeutung zu. Bei Unterbeschäftigung kann das finanzielle Gleichgewicht unserer öffentlichen Haushalte

nicht an erster Stelle stehen. Unter Umständen kann es sogar absolut notwendig sein, selbst grosse Defizite zu akzeptieren, um Investitionsprogramme zur Wiederankurbelung der Wirtschaft finanzieren zu können. Was die Geldpolitik betrifft, so brauche ich hier nicht zu sagen, wie wichtig die Rolle der Kapitalzinsen ist und welche wirtschaftlichen, aber auch sozialen Auswirkungen eine zu ausschliesslich auf monetaristische Kriterien abgestützte Zinspolitik haben kann. Die jüngsten Erfahrungen in den USA haben die Konsequenzen einer verfehlten Geldpolitik gezeigt. Schwerwiegend sind nicht nur die Resultate dieser Politik in den USA selbst, sondern auch ihre Auswirkungen auf unsere Wirtschaft: Die Hochzinspolitik, die wir führen mussten, um eine massive Kapitalabwanderung zu verhindern, hat sich bei uns unmittelbar ausgewirkt, zum Beispiel auf den Wohnungsmarkt, auf die Bauwirtschaft sowie auf die gesamten Investitionen unserer Unternehmen, und wir haben die Folgen, die sich daraus ergaben, noch nicht überwunden. Wir brauchen eine voluntaristische Finanz-, Geld- und Wirtschaftspolitik.

Wie Ihr wisst, haben der Bundesrat und die eidgenössischen Räte ein erstes Massnahmenpaket zur Stärkung der schweizerischen Wirtschaft verabschiedet, und ein zweites wird gegenwärtig geprüft.

Es handelt sich zuerst einmal darum, eine gewisse Zahl von Bundesaufträgen vorzuziehen, namentlich Aufträge im Rüstungsbereich. Es geht auch darum, die bereits getroffenen Massnahmen zugunsten der wirtschaftlichen Regionen und des Berggebietes zu verstärken. Schliesslich wollte der Bundesrat denjenigen Unternehmen helfen, die innovieren wollen, jedoch nicht die erforderlichen

Mittel dafür haben. Dank einer Innovationsgarantie können diese Unternehmen leichter Unterstützung durch die Banken erhalten. Zudem sollten sie auch technische Hilfe erhalten, denn die Erfahrung hat gezeigt, dass es ihnen oft daran fehlt. Sollten wir mehr, sollten wir Besseres tun?

Ich glaube, es war richtig, dass der Bund seine Bereitschaft zur Hilfe gezeigt und einigen besonders betroffenen Regionen erste Unterstützung gewährt hat.

Man könnte aber durchaus mehr und auch Besseres tun. Ich denke besonders an zusätzliche, grosse Anstrengungen, die euch direkt betreffen, namentlich an Energiesparmassnahmen im Bereich der Isolation. Wir könnten zudem mehr Mittel in die Nutzung neuer Energiequellen und in den öffentlichen Verkehr investieren. In bestimmten Regionen müssen auch grosse Investitionen für den sozialen Wohnungsbau getätigt werden. Schliesslich, und auch davon seid ihr betroffen, könnten wir in der Land- und in der Forstwirtschaft bedeutend mehr erreichen. Auf internationaler Ebene müssen wir noch mehr zur Koordination der Wirtschaftspolitik unter den verschiedenen Ländern beitragen: Wir sehen nämlich sehr deutlich — auch wenn das in der Bauwirtschaft nicht so unmittelbar zu spüren ist —, dass wir immer mehr von dem abhängen, was ausserhalb unserer Grenzen passiert.

Ich habe davon gesprochen, wie sich die hohen Kapitalzinsen in den USA auf unser Land auswirken. Ich habe auch das Problem der Verschuldung erwähnt. Unsere Exportwirtschaft hängt, schon ihr Name weist darauf hin, von der Konjunkturlage im Ausland ab. So sind unsere Exporte mehr und mehr durch zunehmenden, wenn auch noch versteckten Protektionismus gefährdet.

Wir können uns auch nicht im Alleingang eine Politik zur Stärkung der Wirtschaft vornehmen. Dies zeigen uns die bitteren Erfahrungen, welche die sozialistische Regierung in Frankreich machen musste. Ihre Politik zur Stärkung der Wirtschaft hat das Gleichgewicht durcheinandergebracht, so dass sie gezwungen war, ihr Programm neu zu überdenken. Die internationale Zusammenarbeit ist notwendig in allen Bereichen, sie liegt im Interesse von uns allen. Dies gilt übrigens auch für die Entwicklungsländer.

Wie Ihr wisst, sind sie für uns zu einem immer wichtigeren Markt geworden, gehen doch immerhin 20 Prozent unserer gesamten Exporte in Entwicklungsländer. Es könnten sogar mehr sein, wenn gerade die Wirtschaft dieser Länder nicht so ausserordentlich stark von der Verschlechterung der internationalen Wirtschaftslage betroffen oder gar ruiniert wäre. Für die Länder der Dritten Welt muss mehr denn je getan werden. Wir fühlen uns solidarisch mit den Hunderten von Millionen Frauen, Männern und Kindern, die oft nichts zu essen haben, die an Unterernährung leiden und oft vor Hunger sterben. Die Opfer, die wir namentlich im Rahmen der Entwicklungshilfe und der humanitären Hilfe auf uns nehmen, liegen ganz in der humanitären, grosszügigen Tradition unseres Landes. Wir nehmen diese Opfer aber auch in Kauf, weil sie, jedenfalls langfristig, unseren richtig verstandenen Interessen dienen.

Ich freue mich gleichermassen, unter euch zu sein, weil euer Kampf der Kampf aller Arbeiter in unserem Land ist. Ihr kämpft an euren Arbeitsplätzen, in euren Unternehmen, auf euren Bauplätzen für die Verbesserung eurer Arbeitsbedingungen, für eine Beschäftigung,

die weniger monoton und körperlich weniger anstrengend ist; ihr kämpft dafür, dass es weniger Arbeitsunfälle gibt, dafür, dass ihr besser gegen Berufskrankheiten geschützt seid. Ihr kämpft auch dafür, echte Partner zu werden, Partner, die das Recht haben, in den wichtigen Fragen, die euer Unternehmen betreffen, nicht nur konsultiert zu werden, sondern sich auch dazu äussern zu können, betreffen diese Fragen doch nicht nur euer Unternehmen, sondern auch euer Leben. Es besteht kein Zweifel, dass ihr diese Mitbestimmung mit Sinn für Verantwortung nutzen werdet, weil ihr am Wohlergehen und Überleben eures Unternehmens interessiert seid, aber auch, weil ihr euer Unternehmen besser kennt, als irgend sonst jemand. Ihr kämpft mit euren Gewerkschaften für eine bessere Lebensqualität, für mehr Freizeit, vor allem mehr Ferien und die Vierzig-Stunden-Woche.

Ihr kämpft für den Erhalt eurer Kaufkraft und für gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Und schliesslich kämpft ihr für einen besseren Schutz gegen Entlassungen und gegen den Abbau unseres Sozialstaates, für dessen heutige Errungenschaften wir uns alle schon seit so langer Zeit eingesetzt haben.

Wie ich schon gesagt habe, ist euer Kampf, im Unternehmen und mit eurer Gewerkschaft, auch der Kampf aller Arbeiter in der Schweiz. Mit anderen Worten genügt es nicht, wie ihr wohl wisst, sich auf der Ebene des einzelnen Unternehmens einig zu sein oder einen Gesamtarbeitsvertrag zu unterzeichnen. Es kommt der Moment, wo das, was ihr in eurem Kampf erreicht habt, auch anderen Arbeitern zugute kommen soll, Arbeitern, die weniger gut organisiert sind oder in traditionell benachteiligten Branchen tätig sind. In diesem Moment muss man auf der politischen

Ebene aktiv werden und Gesetze erlassen, die jedem zumindest Minimalbedingungen garantieren. Aus diesem Grund wird sich das Parlament und bald auch das Volk über die Feriendauer, über die wöchentliche Arbeitszeit und auch noch über einen besseren Schutz gegen Entlassungen aussprechen müssen. Dies sind auch die Themen, zu denen sich euer Kongress äussern wird, dies — und dessen bin ich mir sicher — auf eine sehr deutliche Art und Weise, es sind aber auch Themen, mit denen sich danach auch das Schweizervolk wird auseinandersetzen müssen.

Euer Kampf, dies ist zu betonen, spielt sich mitten in einer Zeit ab, in der die internationale Wirtschaftslage prekär ist. Männer und Frauen aus ärmeren Ländern als das unserige, in denen wachsende angsteinflössende Arbeitslosigkeit herrscht, arbeiten bei uns. Auf den Bau-

stellen arbeitet ihr Schulter an Schulter mit ihnen.

Die Unterschiede in der Herkunft, in den Sprachen und in den Sitten und Gebräuchen führen oft zu Spannungen zwischen schweizerischen und ausländischen Arbeitnehmern. Beide Seiten sollten jedoch nie vergessen, dass sie gemeinsame Interessen haben, die sie nur wirksam verteidigen können, wenn sie sich zusammentun und in Brüderlichkeit gemeinsam kämpfen.

Wir sollten die Ausländer, die bei uns arbeiten, besser in unsere Gemeinschaft integrieren.

Ihr Kampf ist auch unser Kampf. Das Kapital kennt keine Grenzen; man kann es überall investieren. Wenn die Gewerkschaften nicht zusammenarbeiten und sich nicht international organisieren, wenn Schweizer und Ausländer sich nicht in den gleichen Gewerkschaften finden, um gemeinsam

für ihre Interessen zu kämpfen, werden sie die Verlierer sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss danke ich euch sehr herzlich für euren Empfang und wünsche euch einen lebhaften, dynamischen Kongress. Ihr habt ihn mit grossem Einsatz und Ernst vorbereitet, und eure wichtigsten Forderungen decken sich mit den Forderungen der gesamten Arbeiterbewegung unseres Landes. Dieser Sinn für Verantwortung, den ihr dabei zeigt, verdient in der schwierigen Wirtschaftslage, die wir zurzeit erleben, und bei der Arbeitslosigkeit, die so viele unserer Arbeitnehmer trifft, besondere Anerkennung.

Ich hoffe und wünsche, dass eure Sozialpartner erkennen, wie überlegt und wie massvoll eure Forderungen sind und wie gerechtfertigt deswegen auch die Entschlossenheit ist, mit der ihr sie verteidigt. Dies ist der Preis, den die Erhaltung des sozialen Friedens kostet.